

# Sozialdemokratischer Pressediens

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 8 86 846 ppbn d

## Inhalt

42. Jahrgang / 79

27. April 1987

Dr. Peter Glotz MdB zu den  
Erfordernissen der SPD:  
Antworten auf neue Heraus-  
forderungen erarbeiten.  
Seite 1

Inge Wettig-Danielmeier  
MdL zur Lage der erwerbs-  
tätigen Frauen: Die Benach-  
teiligung nicht hinnehmen.  
Seite 3

Dagmar Luuk MdB zum  
Streit um die Ägäis: Eine  
Geschichte ohne Ende?  
Seite 4

Klaus Wettig MdEP zu den  
agrarpolitischen Erforder-  
nissen in Europa: Kiechle  
soll zu den Fakten finden.  
Seite 6

Antworten auf neue Herausforderungen erarbeiten

Die SPD muß auf langfristige Trends der gesellschaftlichen  
Entwicklung reagieren

Von Dr. Peter Glotz MdB  
SPD-Bundesgeschäftsführer

Zur Zeit wird die politische Kultur der Bundesrepublik Deutschland durch eine neue Form der Schnellschußanalyse bereichert: Grüne Denker schließen aus der Niederlage der Sozialdemokraten in Hessen, daß die SPD einem „historischen Ablebungsprozeß“ unterliege. Die Frankfurter Stadtillustrierte „Pflasterstrand“ hat eine ganze Kavalkade solcher Geschichtsphilosophen aufgetan; den Vogel aber schoß einer der bisherigen Sprecher der Grünen, Lukas Beckmann ab, der flugs eine Hinwendung seiner Partei zur CDU verlangte. Der Mann hat zwar recht, wenn er die Feststellung trifft, daß seine grüne Partei „kulturell“ der CDU näher stehe als der SPD; in der Tat sind die Grünen eine Halb-Partei auf bürgerlicher Klassengrundlage. Daß aber zweieinhalb Wahlergebnisse genügen, um aus der CDU, die von Jutta Ditfurth und Thomas Ebermann täglich als faschistoid bezeichnet wird, einen potentiellen Bündnispartner zu machen, zeigt die flinke Beweglichkeit Beckmanns und anderer opportunistischer Kurzstreckendenker.

Kein Zweifel; die SPD ist (wieder einmal) in einer schwierigen Situation. Wenn ein so unentschiedenes und zerstrittenes Bündnis wie die derzeitige Koalition und ein so schwacher Kanzler wie Helmut Kohl ihre Mehrheit noch steigern können, ist - für die sozialdemokratische Opposition - Gefahr im Verzuge. Nur ist diese Gefahr nicht durch taktische Windbeutelereien zu bannen; und zwar unabhängig davon, ob diese Windbeutelereien von Lukas Beckmann, Norbert Römer oder einigen Stichwortgebern deutscher Boulevardzeitungen stammen.

Verlag, Redaktion und Druck:

Sozialdemokratischer Pressediensl GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Printed in Germany  
on recycled paper  
Recycling-Paper



Wer auf die Wirklichkeit schaut, weiß: Die Gesellschaft der Bundesrepublik und das deutsche Parteiensystem befinden sich in einem raschen und tiefgreifenden Wandlungsprozeß. Zwei Gründe sind dafür verantwortlich:

- Einmal der Machtverlust der Regierungen von Nationalstaaten, die sich immer mehr globalen Risiken (wie Tschernobyl) und weltweit operierenden Märkten (Beispiel: Die Euro-Dollar-Märkte) gegenübersehen. Was hätte der Umweltminister Walter Wallmann gesagt, wenn die Verseuchungsgefahr durch Tschernobyl doppelt so groß gewesen wäre wie sie in der Tat war? Das Gleiche; und vermutlich hätte er auch nicht viel anderes sagen können. Es ist ein großer Irrtum zu glauben, daß die Bürger diesen realen Machtverlust nicht bemerken würden.
- Zum anderen ein rascher Prozeß der „Individualisierung“, der durch die Erhöhung der Durchschnittseinkommen in den letzten Jahrzehnten, durch die Verbesserung der Bildungschancen, die Flexibilisierung der Arbeitszeit, die Dezentralisierung des Arbeitsortes und vergleichbare Entwicklungen verursacht wurde. Die Menschen werden aus traditionellen Bindungen und Versorgungsbezügen herausgelöst, tauschen dafür aber neue Zwänge des Arbeitsmarktes und der Konsumexistenz ein. Das erzwingt beispielsweise eine ganz neue Rolle der Frau, eine veränderte Funktion der Familie und der „Arbeit“. Wen wundert es, daß unter solchen langfristigen Trends zuerst einmal die geistig offenere - und damit auch verletzlichere - der Volksparteien leidet?

Die SPD ist seit vier Jahren, seit ihrem Ausscheiden aus der Bundesregierung, dabei, neue Antworten auf diese Herausforderungen zu formulieren. Der Irseer Programmentwurf ist ein erster, sicher unvollkommener Versuch einer systematischen Reaktion. Es wird jetzt darauf ankommen, ob die deutsche Sozialdemokratie sich von Wahlniederlagen nervös machen läßt und in taktisches Gezänk ausbricht, oder ob sie ihre Kräfte darauf verwendet, den Bürgern Antworten auf ganz neue Fragen zu geben und sich in einem solchen Dialog programmatisch neu orientiert.

Die Grundrichtung einer solchen Neuorientierung ist klar. Wir brauchen - statt der immer populistischer und schwächer werdenden Europapolitik der Regierung Kohl - eine Europäisierung unserer gesamten Politik; die Illusion, daß man in einem Nationalstaat isoliert die Arbeitslosigkeit bekämpfen oder die Umweltrisiken begrenzen könne, muß zerstört werden. Wir müssen die ökologische Modernisierung unserer Industriegesellschaft vorantreiben, und zwar nicht als Bekenntnispolitik (wie bei den Grünen), sondern als technisch durchformuliertes Projekt. Wir müssen die neue Rolle der Frau in unserer Gesellschaft nicht nur beschwören, sondern akzeptieren; und zwar nicht nur durch Mittelschichtmätzchen (wo anstelle des „man“ das Wort „frau“ gesetzt wird), sondern mit konkreten Maßnahmen, die die Erwerbsarbeit, die Hausarbeit, die Freizeit verändern.

Angesichts dieser Problemlage stimme ich Georg Leber ausdrücklich zu: Die deutsche Sozialdemokratie darf ihren Horizont nicht von Landtagswahl zu Landtagswahl einstellen, sie muß als erfahrene und große Volkspartei auf die langfristigen Trends der gesellschaftlichen Entwicklung reagieren. Die Menschen, die inzwischen von Wählern zu Nichtwählern geworden sind, gewinnen wir nicht durch taktische Bonner Debatten zurück, sondern nur, wenn wir sie erneut davon überzeugen, daß das Wählen der SPD für ihre höchst eigenen Interessen, für ihre höchst eigene Lebenslage etwas verändert. Und im übrigen: Die CDU/CSU steht vor dem gleichen Problem. Ihr Abschmelzen bei der Bundestagswahl signalisiert, daß die Integration unterschiedlicher Schichten und unterschiedlicher geistiger Strömungen in Volksparteien generell schwieriger wird. So wie in den siebziger Jahren die Grünen als Herausforderung der Sozialdemokraten entstanden sind, kann in den achtziger Jahren auch eine entsprechende Herausforderung für die Union entstehen - und je mehr Strauß und Kohl sich davor fürchten und je weniger sie solchen Tendenzen widersprechen, desto wahrscheinlicher ist diese Tendenz. Auf solche langfristigen Entwicklungen muß die deutsche Sozialdemokratie reagieren. Wir müssen uns nicht zum ersten Mal auf eine neue Situation einstellen; und auch nicht zum letzten Mal.

(-/27.4.1987/rs/ks)

\* \* \*



Die Benachteiligung der Frauen nicht hinnehmen

Am Tag der Arbeit gegen die Diskriminierung im Arbeitsleben protestieren

Von Inge Wettig-Danielmeier MdL  
Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF)  
Mitglied des SPD-Parteivorstandes

Seit der Einführung des sogenannten „Beschäftigungsförderungsgesetzes“ im Mai 1985 sind wir in der Bundesrepublik auf dem besten Weg die Arbeitnehmerin „Dritter Klasse“ zu produzieren. Sie verdient wenig, ist weder arbeitsrechtlich noch sozialversicherungsmäßig abgesichert und hat nur einen befristeten Arbeitsvertrag, mit dem der Mutterschutz unterlaufen werden kann.

Die Frauen in der Bundesrepublik, die erwerbstätig sein wollen, aber gleichzeitig Zeit und Energie für die Kinder und den Haushalt aufbringen müssen, sind angesichts der schlechten Arbeitsmarktlage gezwungen zu nehmen, was angeboten wird. Sie sind wie Berufsanfängerinnen und -anfänger zunehmend auf befristete Arbeitsverträge angewiesen.

Eine Studie des Wissenschaftszentrums Berlin zur Entwicklung befristeter Beschäftigung im Internationalen Vergleich zeigt wohin die Entwicklung geht: Die Zahl sicherer Vollzeitarbeitsplätze geht zurück. Immer mehr Arbeitssuchende bekommen nur noch unsichere, befristete Arbeitsverträge. Bereits heute erfolgt in der Bundesrepublik annähernd jede zweite Neueinstellung befristet, und gerade unter den Beschäftigten, die auf ihrer wenigen Arbeitsstunden sowieso schon durch die Maschen des Arbeits- und Sozialrechts fallen, nimmt der Befristungsanteil zu.

Die Frauen in der SPD nehmen den 1. Mai 1987 zum Anlaß, auf diese besorgniserregende Tendenz hinzuweisen. Wir registrieren sehr genau, welche Umbrüche sich in der Beschäftigung der Bundesrepublik jetzt vollziehen, und welche Folgen sich damit für die Frauen verbinden. Der Rattenschwanz aus Benachteiligungen wird noch länger: Arbeitnehmerinnen in Teilzeit und auf Frist sind nicht nur am Arbeitsplatz diskriminiert. Bei Arbeitslosigkeit bleibt ihnen oft nur die Arbeitslosenhilfe und im Alter müssen sie sich mit „Mini“-Renten zufrieden geben.

Die ASF fordert seit Jahren ein Gesetz zum besseren Schutz der Teilzeitbeschäftigten. Die Initiative der SPD-Bundestagsfraktion von 1984 war richtig. Die bislang völlig ungeschützten Teilzeitarbeitsverhältnisse müssen in den vollen arbeits- und sozialrechtlichen Schutz einbezogen und das sogenannte Beschäftigungsförderungsgesetz zurückgenommen werden im Interesse aller Beschäftigten.

Denn solange die Gesellschaft zuläßt, daß die Unternehmer den Frauen unsichere und billige Arbeitsplätze anbieten können, sind in der Konkurrenz auch die Löhne und Arbeitsbedingungen der Männer betroffen.

(-/27.4.1987/rs/ks)

\* \* \*

Der Streit um die Ägäis - eine Geschichte ohne Ende?

Resümee einer Reise mit Andreas Papandreou

Von Dagmar Luuk MdB

Vorsitzende der deutsch-griechischen Parlamentariergruppe des Bundestages

Hamsterkäufe, Irritation der Inselbevölkerung, militärische Alarmstufe - der Streit zwischen Griechenland und der Türkei hat sich wieder einmal zugespitzt. Auslöser ist die Krise in der Ägäis, ein Konflikt, bei dem sich strategische und wirtschaftliche Interessen Athens und Ankaras schier untrennbar vermengen.

Der Streit um die Ägäis, aufs Neue aufgeflackert bei der Mission des türkischen Forschungsschiffs „Sismik 1“, ist trotz Eingreifens des westlichen Bündnisses keineswegs beigelegt. Derzeit ist - bilateral - kein politischer Ansatz in Sicht, mit dem sich dieser Konflikt aus der Welt schaffen ließe.

Deshalb ist das politische Engagement des Bündnisses unabdingbar, um zu verhindern, daß der Streit um die Ägäis aus dem Ruder läuft.

Konkret geht es in der Ägäis um die Abgrenzung des Festlandssockels und damit letztendlich um die Zugehörigkeit der ägäischen Inseln, es geht um Erdölförderung und Überflugrechte, es geht um territoriale Hoheitsgewässer. Die Kriegsgefahr in der Ägäis ist keine Utopie, mehr als ein Dutzend mal im Monat verletzen türkische Militärmaschinen griechisches Hoheitsgebiet, so klagt Andreas Papandreou, Luftwaffensonderalarm in der Ägäis ist an der Tagesordnung, die Gefahr militärischer Scharmützel zwischen den beiden NATO-Partnern ist allgegenwärtig. Die Kriegsgefahr war zum Greifen nahe, als die „Sismik 1“ im März zu einer seismologischen Untersuchungsfahrt auslief und erst beidrehte, als die Kriegsmarine Griechenland mobil machte. Das Sismik-Abenteuer ist gescheitert, vorerst, die Konflikte Athens und Ankaras um die Ägäis aber dauern an.

Für Griechenland ist es unvorstellbar, daß das hellenische Meer mit seinen 2.500 Inseln der Türkei zugeschlagen werden könnte. Ankara aber druckt seit Jahren offizielle Landkarten, auf denen die Mehrzahl der griechischen Inseln der Türkei zugeschlagen wird. Und Ankara, siehe das Sismik-Abenteuer, verfolgt eine Politik der Nadelstiche: Während Athen sich beim Streit um den Festlandssockel



in der Ägäis auf eine solide völkerrechtliche Grundlage stützen kann, nicht zuletzt auf die Genfer Konvention, argumentiert Ankara eher mit geographischen Hilfskonstruktionen, scheut aber aus guten Gründen den Weg zum internationalen Gerichtshof.

Ankara fühlt sich eingekreist durch die griechischen Inseln, die teilweise bis auf wenige Kilometer an das türkische Festland heranreichen, argumentiert daher militärstrategisch und würde einen „Dialog“ mit der Regierung in Athen bevorzugen. Dort aber will man verständlicherweise den Rechtsweg einschlagen und sieht im „Dialog“ mit Ankara keine brauchbare Alternative.

In diesen neu aufgeflamten und angesichts der verhärteten Front kaum lösbaren Ägäiskonflikt hinein platzte jetzt der Antrag Ankaras auf Vollmitgliedschaft der Türkei in der Europäischen Gemeinschaft, ein Antrag, der in der EG auf wenig Gegenliebe stößt. Das Rätselnraten, warum die Regierung Özal ausgerechnet jetzt, zur Unzeit, diesen Aufnahmeantrag gestellt hat, veranlaßt zu Spekulationen.

Ist der Spielraum der türkischen Regierung, die eingezwängt zwischen Militär und türkischem Fundamentalismus operiert, so gering, daß sie die Flucht nach vorn antreten muß? Erhofft sich Ankara das Veto Griechenlands bei der in einigen Jahren anstehenden Entscheidung über den Aufnahmeantrag und somit an Geländegewinn zu Lasten Athens?

Die EG-Staaten werden bei der Beratung des türkischen Aufnahmeantrages kaum politische Verlastungen vornehmen und Athen den Schwarzen Peter einer Absage an die Türkei zuschieben können. Papandreou, das zeigt seine Politik gegenüber NATO und EG, ist pragmatisch genug, um eine solche Haftbarmachung Griechenlands verhindern zu können, denn er weiß um die Unlust der EG-Staaten gegenüber dem Aufnahmeantrag Ankaras. Das Begehren der Türkei aber gibt Papandreou die Gelegenheit, seine Partner in der Gemeinschaft auf die Einschüchterungspolitik Ankaras zu verweisen. Diese Politik nämlich zwingt Griechenland zum Beispiel dazu, sieben Prozent seines Brutto-Sozialprodukts für Militärausgaben zur Verfügung zu stellen und damit, nach den USA, im westlichen Bündnis die Spitzenposition inne zu haben. Investitionen aber wären, auch in Griechenland, in anderen Bereichen als bei der Armee weitaus dringlicher. [~/27.4.1987/rs/ks]

\* \* \*



Kiechle soll zu den Fakten finden

Die Landwirte erleben den Minister vorzugsweise bei Schaukämpfen vor Wahlen

Von Klaus Wettig MdEP

Stellvertretender Vorsitzender des Agrarpolitischen Ausschusses des SPD-Vorstandes

Bundeslandwirtschaftsminister Kiechle ist aufgefordert, bei den heute im EG-Agrarministerrat beginnenden Gesprächen für die künftigen Agrarpreise endlich einen realistischen Kurs einzuschlagen und zu den Fakten zu finden. Kiechle muß endlich die Lage realistisch wiedergeben. Sein Brief aus der vergangenen Woche an den Ratspräsidenten und seine Amtskollegen stellt die Sachverhalte unvollständig dar und manipuliert die Wahrheit.

Der Bonner Landwirtschaftsminister muß aufhören, in der Frage des Währungsausgleichs so zu tun, als seien von diesem Instrument alle deutschen Landwirte in gleicher Weise betroffen. Die Gegenrechnung sieht so aus:

- 0 Zunächst muß Kiechle berücksichtigen, daß von den rund 700.000 landwirtschaftlichen Betrieben, rund die Hälfte aus der Rechnung herausfällt, weil es Nebenerwerbsbetriebe sind.
- 0 Etwa 100.000 Betriebe haben im Jahr einen Gewinn von über 74.000 DM und müssen im Zuge einer Agrarreform gewisse Opfer bringen.
- 0 Ein weiteres Viertel der Betriebe steht am Rande des Existenzminimums; ihm muß durch direkte Einkommensbeihilfen, wie sie jetzt von der EG-Kommission vorgeschlagen wurden, Unterstützung zuwachsen.
- 0 Von den verbleibenden etwa 200.000 Landwirten ist gleichfalls nur ein Teil von einem Abbau des Währungsausgleichs betroffen, soweit sie etwa Getreide und Milch, also Produkte deren Preis vom Interventionspreis abhängt, herstellen und dann deshalb verminderten Erlös hätten, wenn sie ihre Waren exportieren wollen oder als Überschüsse in die Intervention geben.

Kiechle soll daher endlich Schluß mit der platten Polemik machen und es einmal mit Politik versuchen, die die Öffentlichkeit und seine Verhandlungspartner überzeugt und den betroffenen Bauern hilft.

Nach meinen Beobachtungen verdichtet sich bei den Landwirten mit kleinen und mittleren Betrieben der Eindruck, daß es dem Landwirtschaftsminister nicht um wirkliche Hilfe zugunsten der Betroffenen, sondern um Schaukämpfe für bevorstehende Wahlen geht. Insbesondere vermissen diese Landwirte, daß aus dem Bundeslandwirtschaftsministerium und den Länderministerien eigene und ergänzende Vorschläge zu den von der EG-Kommission ins Auge gefaßten direkten Einkommensbeihilfen unterbreitet werden. Auch ist noch nicht bekannt geworden, daß in diesen Ministerien haushaltsmäßige Absicherungen für die Vorschläge der EG-Kommission vorbereitet würden. Am Ende ist zu befürchten, daß sie zwar dürfen, aber, weil sie aus ideologischen Gründen nicht wollen, auch nicht können.

Ich bin der Überzeugung, daß die Vorschläge der EG-Kommission bei den übrigen EG-Partnern Zustimmung erhalten, weil auch dort große Teile der Landwirtschaft von den Vorschlägen aus Brüssel profitieren: Kiechles Gejammer über die ungünstige Infrastruktur der deutschen Landwirtschaft verfährt bei unseren EG-Partnern nicht. Auch dort steht man vor ähnlichen Problemen, die ihre Ursachen in schlechter Politik haben. Nur ist dort niemand so frech, auch noch dafür belohnt werden zu wollen.

(-/27.4.1987/vo-he/rs)

